

Westafrika News 2011

Côte d'Ivoire 20.01.2011

Weitere 200 UNO Soldaten an die Côte d'Ivoire

Wegen des Machtkampfs in der Cote d'Ivoire schicken die Vereinten Nationen weitere 2.000 Blauhelmsoldaten in das westafrikanische Land. Mit der Aufstockung wären dann 11.800 UNO-Soldaten stationiert. Unterdessen ist auch der neueste Vermittlungsversuch der Afrikanischen Union (AU) durch den kenianischen Ministerpräsident Raila Odinga gescheitert. Gbagbo hatte innerhalb der letzten 2 Wochen schon zwei Mal sein Versprechen gebrochen, die Blockade des Luxushotels aufzuheben. Die westafrikanischen Armeen bereiten sich nach Angaben des international anerkannten Gewinners der Präsidentschaftswahlen in der Côte d'Ivoire, Präsident Alassane Ouattara, auf eine Militäraktion zum Sturz des Machthabers Gbagbo vor.

Mauretanien 20.01.2011

Senkung der Lebensmittelpreise

Aus Angst vor ähnlich gewaltsamen Protesten wie in Tunesien hat der Präsident von Mauretanien eine sofortige Senkung der Preise für Grundnahrungsmittel angekündigt. Dies gab der Präsident von Mauretanien, Abdel Mohamed Ould Abdel Aziz, bei einem Besuch eines Armenviertels in der mauretanischen Hauptstadt Nouakchott bekannt. Die Regierung des westafrikanischen Landes hatte zuvor entschieden, die Preise für Zucker, Reis, Speiseöl und Mehl um ca. 30 Prozent zu senken.

Côte d'Ivoire 21.01.2011

Fast 29.000 Menschen nach Liberia geflüchtet

In der Côte d'Ivoire sind nach dem Anfang der Krise um die umstrittene Präsidentschaftswahl nach neuen Angaben der UNO fast 29.000 Menschen in das benachbarte Liberia geflüchtet. Die Zahl der Menschen, die bei den gewalttätigen Auseinandersetzungen seit Mitte Dezember 2010 ums Leben kamen, stieg auf 260. Nach Angaben von Simon Munzu, des Verantwortlichen für Menschenrechte der ONUCI, wurden in der vergangenen Woche 13 Personen von Milizen des eigenmächtig im Amt verbliebenen Präsidenten Laurent Gbagbo getötet. Die Zahl der Vermissten stieg von 61 auf 68.

Côte d'Ivoire 03.03.2011

7 Tote Demonstrantinnen

In der Côte d'Ivoire sind bei Protesten gegen den abgewählten Präsidenten Laurent Gbagbo mindestens 7 Frauen erschossen worden. Wie ein Mitarbeiter der Ivorischen Behörden mitteilte, eröffneten Sicherheitskräfte des Ex-Präsidenten, das Feuer auf die Demonstrantinnen im dem Stadtteil Abobo von Abidjan. Sie hatten sich dort versammelt. Nach Augenzeugen berichten sind die Frauen von den Gewehrkugeln "in Stücke zerrissen" worden. Seit Tagen war es in Abobo zu Kämpfen zwischen der Gbagbo-treuen Polizei und FN-Soldaten gekommen, die hinter dem Wahlsieger Alassane Ouattara stehen. Alleine in den letzten 24 Stunden waren in Abobo mindestens 26 Menschen ums Leben gekommen, sagte der UN-Vertreter Guillaume Nguéfa. In den letzten Wochen gab es 200.000 Flüchtlinge aus Abobo.

Nigeria 04.03.2011

13 Tote bei Bombenanschlag auf Wahlveranstaltung

Bei einem Bombenanschlag während einer Wahlveranstaltung im zentral-nigerianischen Suleja sind am Donnerstagabend bis zu 13 Menschen getötet worden. Ein Tatverdächtiger wurde gleich nach der Explosion festgenommen. 20 Menschen wurden dabei schwer verletzt. Der Sprengkörper war aus einem fahrenden Bus in die Wahlkampfveranstaltung der regierenden PDP geschleudert worden. Mehrere Tausend Menschen waren zum Zeitpunkt des Anschlags auf einem Schulgelände versammelt. Präsident Goodluck Jonathan verurteilte jede Art von Gewalt und sprach in einer

Stellungnahme von einem "feigen und bösartigen Anschlag". In Nigeria wird im April ein neuer Präsident gewählt. Seit Monaten herrscht schwere Gewalt zwischen Christen und Muslimen. Seit Weihnachten hat es bereits mehr als 200 Tote gegeben.

Côte d'Ivoire 05.03.2011

Clinton äussert sich zu Cote d'Ivoire

US-Aussenministerin Hillary Clinton hat die Gewalt im westafrikanischen Staat Cote d'Ivoire (Elfenbeinküste) verurteilt und den Rücktritt des abgewählten Präsidenten Laurent Gbagbo gefordert. Hintergrund ist das Blutbad an 7 Frauen. Nach Berichten aus Abidjan wurden mehr als 20 weitere Frauen schwer verletzt.

Benin 13.03.2011

Präsidentenwahlen

In Benin haben die mehrfach verschobenen Präsidentenwahlen begonnen. Der seit fünf Jahren regierende Präsident Boni Yayi stellte sich am Sonntag zur Wiederwahl. Als sein wichtigster Herausforderer gilt der langjährige Oppositionspolitiker Adrien Houng-Bedji.

Niger 14.03.2011

Oppositionsführer gewinnt Wahl

Der Oppositionsführer Mahamadou Issoufou gewinnt die demokratischen Wahlen in der Republik Niger. Wie die Wahlkommission in der Hauptstadt Niamey erklärte, hat der langjährige Oppositionsführer Mahamadou Issoufou die Stichwahl vom 12.03.2011 klar gewonnen. Er erzielte knapp 58 Prozent gegenüber 42 Prozent für den ehemaligen Premierminister Seini Oumarou. Die Wahlbeteiligung lag bei rund 48 Prozent. Alle nationalen und internationalen Beobachter hatten den friedlichen Ablauf der Wahl begrüsst. Der 59-jährige Issoufou gehört zu dem Haussa-Volk. Befreundet ist er mit Guineas neuem Präsidenten Alpha Condé und dadurch verbunden mit der westafrikanischen politischen Linken.

Côte d'Ivoire 15.03.2011

Kriegsgebiet Abidjan

Bei den schwersten Kämpfen in Abidjan seit den Präsidentenwahlen vom November letzten Jahres haben sich Rebellen, die den International anerkannten Präsidenten der Côte d'Ivoire Alassane Ouattara unterstützen, bis an den Rand des Stadtzentrums vorgekämpft. Wie die Nachrichtenagenturen übereinstimmend meldeten, rückten die sogenannten "Unsichtbaren Kommandos", die in den letzten Wochen die Kontrolle über die Ouattara-Hochburg Abobo am Nordrand der Stadt übernommen hatten, am Montag in andere Stadtviertel vor und starteten in der Nacht mehrere Großangriffe auf militärische Einrichtungen. Am Wochenende noch hatten Gbagbos Truppen ihre bisher grösste Offensive gegen die Rebellen in Abobo durchgeführt, wurden dann aber zurückgeschlagen. Seitdem hat sich die Lage in Abidjan dramatisch verschärft. Durch die ständigen Kämpfe im Stadtteil Abobo hat es dort den Spitznamen "Bagdad" bekommen.

Benin 18.03.2011

Boni Yayi gewinnt Präsidentenwahl in Benin

Bei den Präsidentenwahlen in Benin ist der Amtsinhaber Boni Yayi mit 53,2 Prozent der Stimmen im Amt bestätigt worden. Die Wahlkommission teilte am Freitag das vorläufige Endergebnis mit. Yayis stärkster Konkurrent, Adrien Houngbedji, kam dabei auf 35,7 Prozent der Stimmen. Das Ergebnis muss aber noch vom Verfassungsgericht des Landes für rechtskräftig erklärt werden. Die Anhänger der Opposition erklärten zweifelten das Ergebnis an und versuchten den Vorsitzenden der Wahlkommission daran zu hindern den Ausgang der Wahl bekanntzugeben. Dieser Vorsitzende teilte später Journalisten das Ergebnis mit. Boni Yayi war im Jahr 2006 mit dem Versprechen zur Korruptionsbekämpfung zur Wahl angetreten, ist aber inzwischen selbst Betrugsvorwürfen ausgesetzt.

Côte d'Ivoire 21.03.2011

Massenflucht in Côte d'Ivoire

Aus der Wirtschaftsmetropole Abidjan flohen bisher Tausende von Menschen und stürmten jeden Tag die Überlandbusse um in anderen Landesteilen Zuflucht zu finden. Als Folge der Wirtschaftssanktionen werden inzwischen die Lebensmittel knapp. Der britische Sender BBC berichtete, dass Tausende von jungen Männern zur Unterstützung Gbagbos in die Armee wollten. Ouattara wird von Rebellen im Norden unterstützt. Nach UN-Angaben sind im Land bereits 500.000 Menschen auf der Flucht. Rund 100.000 flohen bisher über die Grenze nach Liberia. Seit den Wahlen wurden 410 Menschen getötet. Nun wächst auch die Kritik an der etwa 10.000 Mann starken UN-Truppe in der Elfenbeinküste. So schrieb die Ouattara-freundliche Tageszeitung "Le Patriote": Die UN-Mission befasse sich nur mit der "makabren Aufzählung" der Toten, "macht aber nichts, um die Gewalt zu beenden", obwohl der Schutz der Zivilbevölkerung zu ihrem Mandat gehört. Mit Sicht auf Libyen hiess es: Der Westen verfare nach zweierlei Maß, "obwohl in der Côte d'Ivoire ein Volk massakriert wird, weil es sich in aller Freiheit einen Präsident gewählt hat."

Côte d'Ivoire 31.03.2011

Regime von Ex-Präsident Gbagbo bricht zusammen

Der noch in der Côte d'Ivoire (Elfenbeinküste) amtierende Ex-Präsident Laurent Gbagbo stand nach Angaben seiner Gegner am Donnerstagabend vor dem Aus. Der Chef der Regierung von Ouattara, Guillaume Soro sprach davon, dass der in der Metropole Abidjan isolierte Laurent Gbagbo nur noch wenige Stunden im Amt blieben. "Das Spiel ist aus", sagte Soro am Donnerstag in der Hauptstadt Yamoussoukro. Dem Sender France Info sagte der Chef der Uno in Côte d'Ivoire, Choi Young Jin, 50.000 bewaffnete Polizisten und Gendarme hätten Gbagbo verlassen. Dieser hat zu seinem Schutz nur noch die "Spezialkräfte" um den Präsidentenpalast und seine Residenz postiert. Die Rebellen des gewählten Präsidenten Alassane Ouattara erreichten am Donnerstag Abidjan. UN-Truppen übernahmen am Donnerstagabend die Kontrolle über den Flughafen. Ouattara verhängte derweil eine Ausgangssperre bis Sonntag früh. Nach Angaben übereinstimmender Quellen sind in Abidjan auch französische Soldaten im Einsatz. Die Soldaten sollen Franzosen vor den Angriffen von Anhängern Gbagbos schützen. Frankreich unterhält seit langer Zeit ein Kontingent von 1000 Soldaten im Land. Ouattaras Unterstützer begannen nach eigenen Angaben damit, den Regierungssitz Abidjan einzukreisen. Die Stadt soll so lange belagert werden, bis Gbagbo sich geschlagen gibt. Soro sagte dem Fernsehsender France 24, dass mehrere Generäle aus der Truppe von Gbagbo auf Ouattaras Seite übergelaufen sind, und kündigte öffentliche Erklärungen der Deserteure an. Seit dem Start der Offensive vor vier Tagen haben die Kämpfer die Kontrolle über drei Viertel des Landes übernommen.

Côte d'Ivoire 01.04.2011

Heftige Gefechte

In der Wirtschaftsmetropole Abidjan der Republik Côte d'Ivoire kämpfen die Truppen des gewählten Präsidenten Alassane Ouattara und Anhänger des abgewählten Ex-Präsidenten Laurent Gbagbo um wichtige strategische Punkte in der Stadt. Die britische BBC berichtete von heftigen Gefechten in der Nacht zum 1. April in der Nähe der Gbagbo-Residenz. Anhänger Ouattaras sagten, sie hätten die Kontrolle über das staatliche Fernsehen übernommen. Ein UN-Sprecher in Abidjan sagte der BBC, dass am Donnerstagabend das Staatsfernsehen unterbrochen wurde.

Côte d'Ivoire 03.04.2011

Heftiger Bürgerkrieg mit vielen Toten und schockierender Gewalt

Die UN haben die Truppen des international anerkannten Präsidenten der Côte d'Ivoire, Alassane Ouattara, für zahlreiche Tote verantwortlich gemacht. Aber auch sein Widersacher Gbagbo hat Blut an seinen Fingern kleben. Von 330 Menschen, die Anfang der Woche bei der Stadt Duékoué umgekommen sind, sei "der Grossteil" durch Ouattara-Truppen getötet worden, teilten die UN-Mission in der Côte d'Ivoire (ONUCI) am Samstag mit. Mehr als 100 Menschen sind durch Söldner der Truppen des Ex-Präsidenten

Laurent Gbagbo getötet worden, bevor Duékoué an die Ouattara-Anhänger gefallen ist. Nach Angaben der Ouattara Regierung sind „zahlreiche Massengräber“ entdeckt worden. Die Gräber wurden im Westen des Landes gefunden. Sie sollen sich in den Orten Toulepleu, Blolequin und Guiglo befinden. Ouattaras Regierung machte „die Söldner und Milizen“ von Ouattaras Widersacher Laurent Gbagbo für die Toten verantwortlich. Bei einem Blutbad in der Stadt Duekoue im Westen des afrikanischen Landes wurden nach Angaben des Internationalen Roten Kreuzes (IRK) vermutlich am Dienstag mindestens 800 Menschen getötet. Dies berichtete IRK-Chefin in der Côte d'Ivoire, Dominique Liengme am Samstag. "Ausmass und Brutalität sind schockierend", sagte sie. Am Samstag kam es zu Strassenkämpfen in der Wirtschaftsmetropole Abidjan. Rund um die Gbagbo-Bastionen und den Sitz des Staatsfernsehens waren Schüsse zu hören. Gbagbo-Anhängern gelang es nach Augenzeugenberichten, die Kontrolle über den TV-Sender wieder zu übernehmen, die sie am Vortag verloren hatten. Der französische Präsident Nicolas Sarkozy telefonierte am Freitagabend mit Ouattara. Sarkozy habe betont, dass die Verantwortlichen für Gewaltakte zur Rechenschaft gezogen würden, so das Präsidentenamt in Paris. Es sei Zeit, dass sich das Volk der Côte d'Ivoire „um seinen gewählten Präsidenten schart und eine neue Seite von Frieden, Versöhnung und Entwicklung“ aufschlage.

Côte d'Ivoire 08.04.2011

Fernsehansprache von Präsident Alassane Ouattara

Der ivoirische Präsident möchte zum Frieden in der Republik Côte d'Ivoire (Elfenbeinküste) zurückkehren. Die EU bat er um die Aufhebung der Sanktionen. Ex-Präsident Gbagbo wird in seinem Bunker isoliert. Die Metropole Abidjan ist verwüstet und die Regierung des gewählten Präsidenten Alassane Ouattara möchte so schnell wie möglich ein normales politisches und wirtschaftliches Leben wiederherstellen. In einer Fernsehansprache nannte Ouattara die ersten wichtigen Ziele zur schrittweisen Wiederaufnahme wirtschaftlicher Aktivitäten und eine Rückkehr zur Normalität. Gendarmerie und Polizei sollen Sicherheit auf den Strassen wiederherstellen und die Belieferung von Märkten, Geschäften und Krankenhäusern ermöglichen. Die Westafrikanische Zentralbank (BCEAO) soll ihre Arbeit in der Côte d'Ivoire wieder aufnehmen um das Bankensystem funktionsfähig zu machen. Die EU wird gebeten, ihre Sanktionen gegen ivoirische Staatsunternehmen und die Häfen von Abidjan und San Pedro aufzuheben, damit auch der Kakaoexport wieder beginnen kann und eine halbe Millionen Tonnen blockierte Ware exportiert wird. Der Sprecher der EU-Chefdiplomatin Catherine Ashton teilte der Presse mit, dass man in Zusammenarbeit mit der ivoirischen Regierung daran arbeite. Ex-Präsident Laurent Gbagbo sitzt im Bunker der sehr weitläufigen Präsidentsresidenz im Stadtteil Cocody unter Schutz seiner Garde fest und hält sich für den Präsidenten. Um das Gelände herum ist eine Blockade errichtet worden, um die Bewohner zu schützen. Ouattara rief zur nationalen Einheit und zur Versöhnung auf und versprach Entschädigung für Opfer von Plünderungen sowie die Bestrafung für Täter von Massakern. Abidjan ist eine weitgehend verwüstete Stadt und in vielen Straßenzügen sind Plünderer unterwegs und zehntausende Menschen tragen noch Waffen. Strom und Wasser gibt es kaum noch und die Lebensmittel werden immer knapper. Hilfe für die Bevölkerung ist hier dringend nötig.

Côte d'Ivoire 09.04.2011

Gbagbo macht wieder Geländegewinne in Elfenbeinküste

Die Truppen des abgewählten Präsidenten Laurent Gbagbo in der Elfenbeinküste scheinen wieder Geländegewinne zu machen. Sie hätten in der Nacht wieder Teile der Wirtschaftsmetropole Abidjan zurückerobert, sagte UN-Untergeneralsekretär Alain Le Roy in New York. Sie stünden nur noch einen Kilometer vom UN-Hauptquartier entfernt. Gbagbos Einheiten setzen nach Le Roys Worten Mörser und andere schwere Waffen ein.

Côte d'Ivoire 11.04.2011

Ex-Präsident Laurent Gbagbo verhaftet

Der blutige Machtkampf in Côte d'Ivoire ist mit der Festnahme des Ex-Präsidenten Laurent Gbagbo vorerst beendet. Französische Truppen und Rebellenverbände des

international anerkannten Wahlsiegers Alassane Ouattara, setzten Gbagbo im Präsidentenpalast in Abidjan fest. Er leistete zuletzt keinen Widerstand. Aus Sicherheitsgründen ist Gbagbo ins Golf-Hotel von Abidjan gebracht worden, wo sich neben Ouattaras Regierung auch UN-Blauhelme befinden. Die Vertreter der Vereinten Nationen erklärten sich für den Schutz des Gefangenen Gbagbo für zuständig. Laut der neuen ivoirischen Regierung ist er wohltauglich und soll vor Gericht gestellt werden. Ouattara hatte angedeutet, dass er an den Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag ausgeliefert werden könnte. Am Montagvormittag rückte eine mehr als 30 Fahrzeuge zählende Panzerkolonne des französischen Expeditionskorps in Abidjan in Richtung Präsidentenpalast vor. 400 schwerbewaffnete französische Soldaten erwiderten vereinzelt Salven aus automatischen Waffen und nahmen etwa 100 feindliche Milizionäre gefangen. Ihr Operationsziel allerdings blieb lange unklar. "Wir wollen ein Blutbad vermeiden", erklärte der Sprecher der französischen Truppen in dem westafrikanischen Land. Mehrere hochrangige Mitstreiter Gbagbos sollen sich jetzt in französischem Militärgewahrsam befinden. Darunter auch Blé Goudé und Pascal Affi NGuessan, Präsident von Gbagbos FPI (Ivorische Volksfront), dieser soll nur knapp der Lynchjustiz entgangen sein. Als sich die Nachricht von Gbagbos Verhaftung in Abidjan verbreitete, kam es zu spontanen Freudenfeiern. Die meisten Ivorer hoffen, dass jetzt endlich Frieden einkehren kann. Die EU-Aussenbeauftragte Catherine Ashton hat die Festnahme des abgewählten Präsidenten Laurent Gbagbo in der Elfenbeinküste begrüßt. Dem Präsidenten Alassane Ouattara, sagte Ashton Unterstützung zu. Gbagbos Festnahme sei ein wichtiger Schritt zur Lösung der andauernden Krise. Für die Zukunft kündigte Ashton die Hilfe der EU beim Wiederaufbau des Landes an.

Burkina Faso 17.04.2011

Armeechef und andere Beamte von Polizei und Militär entlassen

Nach einer Meuterei von Teilen der Präsidentengarde sowie anderer Truppenteile war die Lage am Wochenende angespannt. In der Hauptstadt Ouagadougou galt eine nächtliche Ausgangssperre. Präsident Blaise Compaore entliess nach der Regierung, den Armeechef und andere Beamte von Polizei und Militär. In der Nacht zu Samstag hatten Markthändler in der Hauptstadt Ouagadougou ein Bürogebäude der Regierungspartei in Brand gesetzt, um gegen Plünderungen durch Soldaten zu protestieren. Viele Soldaten sind mit ihrer Bezahlung unzufrieden, obwohl Präsident Compaore eine bessere angekündigt hatte. Aufgrund der Krise in der benachbarten Elfenbeinküste waren die Preise für Lebensmittel und Treibstoff stark gestiegen. Da Burkina Faso keinen Zugang zum Meer hat, ist es auf eine Versorgung mit Gütern über die Elfenbeinküste angewiesen.

Nigeria 18.04.2011

Unruhen in Nordnigeria

In dem überwiegend muslimischen Norden Nigerias sind nach den Wahlen Unruhen ausgebrochen. Bei Protesten gegen das Ergebnis der Präsidentenwahl kamen mindestens zehn Menschen ums Leben. Bei der Auszählung in der Nacht zum Montag hatte der aus dem Süden stammende Jonathan mehr als doppelt so viele Stimmen wie sein grösster Herausforderer, der ehemalige Militärmachthaber Muhammdadu Buhari, erhalten. Für Jonathan bedeutete dies ein Vorsprung von mehr als zehn Millionen Stimmen. In den nördlichen Bundesstaaten Kaduna, Sokoto, Bauchi und Gombe kam es zu Krawallen. Viele Schulen und Geschäfte blieben geschlossen. Die Unruhen breiteten sich bis in die Hauptstadt Abuja aus. Einwohner mussten, sich in Sicherheit bringen, weil es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Anhängern Buharis und der Polizei kam. Wahlbeobachter bezeichneten die Wahl im bevölkerungsreichsten Land Afrikas als die korrektesten seit Jahrzehnten. Vorrangig waren grundlegende Reformen in Nigeria.

Côte d'Ivoire 15.05.2011

220 Zivilisten getötet

Milizen des ehemaligen ivoirischen Präsidenten Laurent Gbagbo haben nach Angaben der Regierung in Abidjan 220 Zivilisten getötet. Im Südwesten der Elfenbeinküste haben die Milizionäre sowie angeheuerte liberianische Söldner auf ihrer Flucht diese entsetzlichen Gräueltaten begangen. Anfang Mai waren die Milizen von den Truppen des neu

gewählten ivoirischen Präsidenten Alassane Ouattara aus der Metropole Abidjan vertrieben worden. Diese Erklärung gab am Samstag der Regierungssprecher Patrick Achi im staatlichen Fernsehsender TCI bekannt. "Auf dem Weg in die Richtung der liberianischen Grenze hätten sich diese Mörder ohne Glauben und ohne Gesetz an allen vergangen, was sie begegneten. An Frauen, Männern und Kindern", sagte Achi. Die Zahl der Opfer liege bei 220 Toten und 17 Verletzten. Die meisten der Opfer sind wegen ihrer ethnischen Herkunft angegriffen und getötet worden. Regierungssprecher Achi kündigte eine weitere und stärkere Sicherung der Grenze zu Liberia an, um Milizionäre und Söldner an einer Rückkehr in die Elfenbeinküste zu hindern. Regierungschef Guillaume Soro hat inzwischen Präsident Ouattara gebeten, wegen dieser Vorfälle mit Liberia auf höchster Ebene zusammenzuarbeiten.

Côte d'Ivoire 18.05.2011

Amtseinführung von Präsident Ouattara am Samstag 21.05.2011

Zur feierlichen Amtseinführung von Präsident Alassane Ouattara, in der Hauptstadt der Republik Elfenbeinküste Yamoussoukro, werden 21 Staatsoberhäupter und 66 ausländische Delegationen erwartet. Darunter sind auch der französische Präsident Nicolas Sarkozy, die Aussenministerin der USA Hillary Clinton, der UNO Generalsekretär Ban Ki-moon und weitere Vertreter der EU und afrikanischer Länder.

Mali 20.05.2011

Gemeinsame Antiterror-Einheit

Algerien, Mali, Mauretanien und Niger planen eine gemeinsame Truppe zur Terrorbekämpfung. Es ist eine Truppenstärke von 75.000 Mann innerhalb der nächsten 18 Monate vorgesehen. Malis Aussenminister Soumeylou Boubeye Maiga kündigte dies am Freitag in Bamako an. Zuvor hatten sich schon die Generalstabschefs der Streitkräfte der vier Länder in Mali zu einem Krisentreffen getroffen. Dort wurde auch um die Auswirkungen des Libyen-Konflikts beraten. Die Staaten sind wegen der Gefahr einer grösseren Destabilisierung in der gesamten Sahel-Region besorgt.

Côte d'Ivoire 22.05.2011

Amtseinführung von Präsident Ouattara

Am Samstag wurde in einer feierlichen Zeremonie der neue Präsident der Republik Côte d'Ivoire Alassane Ouattara in der Hauptstadt Yamoussoukro in sein Amt eingeführt. Mehrere Staatsoberhäupter aus Afrika, der französische Präsident Nicolas Sarkozy, sowie weitere Vertreter afrikanischer Staaten und der EU waren anwesend. Die Amtseinführung ist ein vorläufiger Schlussstrich unter einen 6 Monate dauernden Machtkampf in dem westafrikanischen Land. Über 3000 Menschen kamen bei den Auseinandersetzungen ums Leben. Ouattara bekräftigte in seine Rede das Land nach jahrelanger Trennung wieder einen zu wollen. Vor seiner Amtseinführung hatte Ouattara sich dafür eingesetzt die begangenen Verbrechen in der Côte d'Ivoire vor dem Internationalen Strafgerichtshof klären zu lassen. Das Land ist immer noch von Gräueltaten, Plünderungen, Gewalt und Massenhaften Vertreibungen der letzten Monaten geprägt.

Burkina Faso 04.06.2011

Soldaten plündern Stadt

In der Republik Burkina Faso ist es erneut zu schweren Unruhen gekommen. In der zweitgrössten Stadt Bobo Dioulasso im Südwesten des Landes hatten Regierungssoldaten am Mittwoch und Donnerstag geplündert sowie umhergeschossen. Einwohner der Stadt protestierten gegen das Verhalten der Soldaten und zündeten daraufhin einige Fahrzeuge an. Die zuständige Präfektur verhängte ein Ausgehverbot. Im Krankenhaus von Bobo Dioulasso wurden seit Mittwoch, 15 durch Schüsse verletzte Personen, behandelt. Nach einer Soldatenmeuterei im April dieses Jahres und der Erschiessung eines Jugendlichen war es zu verschiedenen Unruhen in Burkina Faso gekommen.

Nigeria 16.06.2011

Selbstmordattentat in Abuja

Ein Selbstmordattentäter hat sich vor der Zentrale der nigerianischen Polizei in der Hauptstadt Abuja in Luft gesprengt und dabei ein Blutbad angerichtet. 73 Fahrzeuge wurden dabei zerstört. Am Donnerstag Nachmittag waren auch zahlreiche Leichenteile auf dem Parkplatz der Polizeizentrale zu sehen. Die schwere Explosion hatte eine weit zu sehende, dichte und schwarze Rauchwolke in den Himmel geschickt. Beobachter und Behörden machten die radikal-islamistische Sekte Boko Haram für den Anschlag verantwortlich. Selbstmordattentate wurden bisher nicht den Islamisten in Nigeria zugeordnet sondern eher der Ebene von al-Qaida Kämpfern.

Senegal 24.06.2011

Präsident Wade gibt nach

Nach schweren Unruhen in der senegalsischen Hauptstadt Dakar hat Präsident Abdoulaye Wade die Pläne für eine Verfassungsänderung aufgegeben. Der 85-jährige Wade hatte vorgeschlagen, die Bestimmungen für die Präsidentenwahl so zu ändern, dass zum Sieg im ersten Wahlgang nur noch 25 Prozent der Stimmen nötig gewesen wären anstatt der bisher gültigen Regelung von 50 Prozent. In Dakar war es letzte Woche zu Massenprotesten gekommen, bei denen zahlreiche Menschen schwer verletzt wurden. Das Stadtzentrum war übersät mit Steinen und ausgebrannten Autos.

Mauretanien 25.06.2011

Mauretaniens Armee zerstört Al-Qaida-Lager in Mali

Die mauretanische Armee hat am Freitag ein Lager der Terrorgruppe Al-Qaida im Islamischen Maghreb (AQMI) im benachbarten Mali zerstört. Die Armee ging mit Luftunterstützung gegen ein Lager im Wald von Wagadou nahe der malisch-mauretanischen Grenze vor. Die Malische Armee war an dem Angriff nicht direkt beteiligt. AQMI ist ein Ableger des internationalen Terrornetzwerks Al-Qaida in Nordafrika. Mali und Mauretanien sind neben Algerien und Niger die am stärksten von AQMI-Aktivitäten betroffenen Länder. AQMI verübte in den vergangenen Jahren in der Region zahlreiche Anschläge und Entführungen.

Guinea 19.07.2011

Raketenangriff auf Präsident Conde

Guineas Staatschef Alpha Conde hat einen Raketenangriff auf seine Residenz in der Hauptstadt Conakry unverletzt überlebt. Nach Angaben von Regierungsmitgliedern wurde ein Soldat der Präsidentengarde getötet und zwei weitere verletzt. Der staatliche Rundfunk und Zeugen berichteten das es zu einem zweistündigen Schusswechsel gekommen war. Conde wandte sich später in einer Fernsehansprache an die Nation. Der Präsident rief die Bevölkerung auf, Ruhe zu bewahren. Zugleich äusserte er die Hoffnung, dass die "Einheit der Nation" und der "demokratische Prozess" keinen Schaden nehmen würden. Die Minister und Armeechefs des Landes wurden zu einer eilig einberufenen Dringlichkeitssitzung beim Regierungschef Mohamed Said Fofana geladen. Der frühere Armeechef Nouhou Thiam, der kurz nach Condes Wahl gefeuert worden war, wurde nach dem Angriff auf die Residenz des Präsidenten festgenommen.

Côte d'Ivoire 19.08.2011

Anklage gegen Ex-Präsident Gbagbo erhoben

Gegen den Ex-Präsidenten von Cote d'Ivoire Laurent Gbagbo, ist in seinem Heimatland Anklage erhoben worden. Zur Begründung wurden Verbrechen an der Wirtschaft des Landes angeführt. Die Staatsanwaltschaft wirft ihm dabei unter anderem schweren Diebstahl und Veruntreuung öffentlicher Gelder vor. Gbagbos Frau Simone ist wegen der gleichen Vergehen angeklagt worden. Das Ehepaar Gbagbo stand seit seiner Festnahme im April 2011 an verschiedenen Orten unter Hausarrest und wurde nun in Untersuchungshaft genommen. Nach den Wahlen im November vergangenen Jahres hatte Gbagbo sich geweigert die Macht abzutreten. In der Zeit des Machtkampfs soll Gbagbo Hunderte Millionen an Dollar von Staatsgeldern benutzt haben um im Amt zu

bleiben. Bei dem Machtkampf kamen mehrere Tausend Menschen ums Leben. Zeitweise waren ca. 2 Millionen Menschen auf der Flucht.

Nigeria 26.08.2011

Mindestens 18 Tote bei einem Bombenanschlag auf UNO-Büro

Bei einem Bombenanschlag auf ein UNO-Büro in der Nigerianischen Hauptstadt Abuja sind mindestens 18 Menschen getötet worden. Dies teilte die Nigerianische Polizei am Freitag mit. Mehrere Tote und Verletzte sind in umliegende Kliniken gebracht worden. Weitere Menschen sind noch in dem sehr schwer beschädigten Gebäude eingeschlossen, erklärten Behördenvertreter und Augenzeugen. Ein Mitarbeiter des Sicherheitspersonals sagte, dass es sich um einen Selbstmordanschlag gehandelt haben könnte. Nach Angaben einer Reporterin der BBC sind noch etwa 60, zum Teil schwerverletzte Menschen, in ein Krankenhaus gebracht worden. Das Gebäude der UNO-Vertretung in der Hauptstadt Abuja wurde durch die Explosion schwer beschädigt. Die unteren beiden Etagen sind durch die Detonation teilweise zerstört. Rettungskräfte mussten über Trümmer hineinklettern, um darin verbliebene Menschen zu retten.

Nigeria 27.08.2011

Zahl der Toten steigt auf 25

Die Zahl der Toten bei dem Selbstmordanschlag auf das Gebäude der Vereinten Nationen in der Nigerianischen Hauptstadt Abuja ist auf 25 gestiegen. Am Samstag erfuhr die deutsche Nachrichtenagentur dpa dies von Krankenhausmitarbeitern. Nach Angaben der BBC hat sich die Terror-Organisation "Boko Haram" zu der Tat bekannt. Ein Sprecher der Gruppe teilte dem Radiosender mit, für die Attacke verantwortlich zu sein. Die islamistische Sekte hatte bereits mehrere Anschläge im bevölkerungsreichsten Land Afrikas verübt und sich meistens über den britischen Sender dazu bekannt.

Nigeria 31.08.2011

Al-Kaida-Mitglied hinter Anschlag auf UN-Zentrale

Als Drahtzieher hinter dem Anschlag auf die UNO-Zentrale in Nigeria steckt nach Einschätzung der Regierung von Nigeria ein Mitglied einer radikalen Islamistengruppe mit Verbindungen zu Al-Kaida. Bei dem schwersten Angriff in der Geschichte der Vereinten Nationen, waren in der vergangenen Woche 23 Menschen ums Leben gekommen und 76 Menschen verletzt worden. Der zur Fahndung ausgeschriebene Verdächtige hatte den Anschlagsplan zusammen mit zwei Helfern ausgearbeitet, teilte eine Bundesbehörde am Mittwoch in Abuja mit. Die zwei Mitglieder der Gruppe Boko Haram waren verhaftet worden und hätten wichtige Hinweise gegeben. Durch die Bombe wurde das Gebäude in Teilen sehr schwer beschädigt. Nach UNO Angaben wurden zudem Boko Haram wird für Schießereien sowie Bombenanschläge im Nordosten des Landes verantwortlich gemacht.

Nigeria: 01.09.2011

Mehr als 100 Tote nach Unwetter

Bei Überschwemmungen nach sehr heftigen Regefällen sind in Nigeria seit den vergangenen Wochenende mehr als 100 Menschen ums Leben gekommen. In der Stadt Eleyele im Südwesten des Landes war ein Damm gebrochen und mehrere Brücken in die Tiefe gerissen worden, sagte ein Vertreter vom nigerianischen Roten Kreuz. Nahe der Universitätsstadt Ibadan rund 140 Kilometer nördlich der Wirtschaftsmetropole Lagos hatte es sieben Stunden lang ununterbrochen geregnet. Viele Menschen sind nach der Überschwemmung ihrer Häuser von den gewaltigen Wassermassen mitgerissen worden.

Nigeria: 03.10.2011

19 Tote nach Überfall von Banditen

Nigeria wird von immer neuen Gewalttaten erschüttert. Im Norden des Landes haben ca. 150 bewaffnete Angreifer ein Dorf überfallen und dabei mindestens 19 Menschen getötet, teilte die Polizei mit. Am 51. Jahrestag der Unabhängigkeit Nigerias hatte Staatspräsident Goodluck Jonathan versprochen, wieder für Sicherheit und Ordnung zu sorgen. Dennoch erschüttert seit Monaten eine Welle von Anschlägen das westafrikanische Land. In dem abgelegene Bauerndorf Lingyado kam es am Samstag zu einem Überfall bei dem es

mindestens 19 Tote und sechs Schwerverletzte gegeben hatte. Bei den Angreifern hatte es sich vermutlich um bewaffnete Banditen gehandelt, die einen getöteten Kameraden rächen wollten. Ein Polizist berichtete, das die Angreifer von Tür zu Tür gezogen waren und ihre Opfer erschossen oder erschlagen hätten. Mehrere Häuser sind dabei auch in Brand gesetzt worden.

Liberia: 07.10.2011

Friedensnobelpreis geht an Frauen aus Westafrika und dem Jemen

Der Friedensnobelpreis geht in diesem Jahr an drei Frauen aus Westafrika und der arabischen Welt. Ausgezeichnet werden sie für ihren Kampf gegen Krieg, Gewaltherrschaft und Unterdrückung von Frauen in ihren Ländern. Liberias Präsidentin Ellen Johnson-Sirleaf und die ebenfalls aus Liberia stammende Menschenrechtlerin Leymah Gbowee wurde der Nobelpreis zusammen mit der jungen Journalistin Tawakkul Karman aus dem Jemen zuerkannt. Die 72-jährige Johnson-Sirleaf und die ihre 39 Jahre alte Landsmännin Gbowee werden als treibende Kraft bei der Beendigung des Bürgerkriegs nach 13 Jahren in ihrem Land geehrt. Die Wirtschafts-wissenschaftlerin Johnson-Sirleaf wurde 2005 zur Präsidentin Liberias gewählt und war damit die erste demokratisch bestimmte Staatschefin Afrikas. Zum Zeitpunkt ihres Amtsantritts galt sie als Reformerin und Friedensstifterin. Vor den in diesem Monat anstehenden Wahlen sah sie sich jedoch Wahlfälschungsvorwürfen der Opposition ausgesetzt. Johnson-Sirleafs Lager wies die Anschuldigungen zurück. Die Friedensaktivistin Gbowee gründete in Liberia eine Organisation christlicher und muslimischer Frauen, die sich gegen die Kriegsherren im liberianischen Bürgerkrieg richtete. Für ihren Einsatz für die Frauenrechte wurde sie bereits 2009 mit dem sogenannten "Profile in Courage Award" ausgezeichnet. Gbowee hatte mit ihren Aktionen einen massgeblichen Anteil an der Beendigung des blutigen Bürgerkriegs zugewiesen bekommen. Die 32-jährige Karman, Mutter von drei Kindern, ist Vorsitzende der Vereinigung "Journalistinnen ohne Ketten" im Jemen und war schon früh eine der treibenden Kräfte bei den friedlichen Protesten gegen die Diktatur. In der Begründung des fünfköpfigen Komitees hieß es, die drei Frauen werden für "ihren gewaltfreien Kampf für die Sicherheit von Frauen und für die Rechte von Frauen auf volle Beteiligung an der Schaffung von Frieden" ausgezeichnet.

Liberia: 14.10.2011

Teilergebnisse der Präsidentschaftswahlen vom 11.10.2011

Die scheidende Präsidentin Ellen Johnson Sirleaf kommt nach offiziellen Berichten der liberianischen Wahlkommission bei den Präsidentschaftswahlen 2011 auf 44,5 Prozent der Stimmen. Ihr grösster Herausforderer Winston Tubman erhielt 26,5 Prozent. Das erste Ergebnis ist keine große Überraschung, denn die Prognosen der Abstimmung gehen zu Gunsten von Frau Sirleaf, die erst vor fünf Tagen der Friedensnobelpreis zugesprochen bekam. Selbst wenn eine zweite Runde im November nötig wird, ist die Partei von Winston Tubman, allein nicht wirklich in der Lage Frau Sirleaf in der Stichwahl zu schlagen. Der ehemalige Warlord Prince Johnson, jetzt ein Senator, wurde mit 19,5% der Stimmen Dritter. Jetzt muß abgewartet werden, zu welchen Allianzen es bei der Stichwahl kommt. Zusätzlich zu den Präsidentschaftswahlen wurden auch die Nationalversammlung sowie die Senatoren neu gewählt.

Liberia: 17.10.2011

Opposition wirft Präsidentin Sirleaf Wahlbetrug vor

Neun Oppositionsparteien werfen der Regierung von Präsidentin Ellen Johnson-Sirleaf "massive Wahlfälschungen" bei dem ersten Durchgang der Präsidentschaftswahl vom 11. Oktober vor. Sie kündigten gleichzeitig an, sich an einer notwendigen Stichwahl Anfang November, nicht mehr zu beteiligen. In dem westafrikanischen Land droht nun neue Gewalt. Die Grenzübergänge zu den drei Nachbarstaaten Elfenbeinküste, Guinea und Sierra Leone sind bis auf weiteres geschlossen worden. In der Hauptstadt Monrovia kam es durch zahlreiche Einwohner und der Furcht vor neuer Gewalt zu Hamsterkäufen. Einige Bewohner von Monrovia verließen schon die Hauptstadt. Nach den letzten Angaben kam Johnson-Sirleaf auf 44,6 Prozent, der Hauptkonkurrent Sirleafs Winston

Tubman auf 31,4 Prozent und als Dritter der ehemalige Rebellenführer Prince Johnson auf 11,2 Prozent der Stimmen.

Liberia: 17.10.2011

Opposition nimmt an Stichwahl teil

Die wichtigsten Oppositionsparteien in Liberia haben ihren Boykottaufruf für die Präsidentschafts-Stichwahl zurückgezogen. "Wir werden vollständig an der zweiten Runde teilnehmen", sagte der Wahlkampfleiter des Präsidentschaftskandidaten Prince Johnson, Merlie Kemru, am Sonntag der Nachrichtenagentur AFP. "Wir werden aber keine weiteren Fälschungen akzeptieren." Kemru sprach nach eigenen Angaben im Namen der neun Parteien, die zuvor angekündigt hatten, sich aus der Stichwahl zurückzuziehen. Der zweitplatzierte Kandidat Winston Tubman bestätigte inzwischen dem britischen Sender BBC, dass er am zweiten Wahlgang teilnehmen wird. Tubman und der frühere Kriegsherr Johnson, hatten noch am Samstag von "Wahlfälschung" geredet und die beim ersten Wahlgang bekanntgegebenen Teilergebnisse der Wahlkommission nicht anerkannt

Liberia: 08.11.2011

Schiessereien vor Stichwahl

Einen Tag vor der Stichwahl um das Präsidentenamt in Liberia waren am Montag bei Schiessereien zwischen Oppositionsanhängern und der Polizei mehrere Menschen getötet worden. Vor dem Hauptsitz der Oppositionspartei Kongress für den Demokratischen Wandel (CDC) in der liberianischen Hauptstadt Monrovia demonstrierten gestern tausende Oppositionelle gegen angebliche Wahlfälschungen bei der Wahl vom 11. Oktober 2011. Als Demonstranten Steine in Richtung der Polizisten warfen, reagierten diese zunächst mit Tränengas. Ein CDC-Anhänger gab Schüsse ab, woraufhin die Polizei auf die Demonstranten schoss. Dabei kamen mehrere Menschen ums Leben und es gab viele Verletzte. Nach Angaben eines Polizeisprechers war die Kundgebung der Opposition nicht behördlich genehmigt worden. Mit ihrer Aktion wollten die Demonstranten einen Wahlboykott von Oppositionskandidat Tubman unterstützen.

Liberia: 10.11.2011

Präsidentin Sirleaf bei Wahl im Amt bestätigt

In Liberia hat die Präsidentin und Friedensnobelpreisträgerin Ellen Johnson Sirleaf erwartungsgemäss die Präsidentschaftswahl gewonnen. Wie die liberianische Wahlkommission des westafrikanischen Landes am Donnerstagabend mitteilte, kam Sirleaf nach Auswertung der Ergebnisse aus den meisten Wahllokalen auf 90,8 Prozent der Stimmen. Ihr politischer Rivale Winston Tubman erhielt 9 Prozent. Im zweiten Durchgang stand nur Sirleaf zur Wahl, da Tubman seine Kandidatur zurückgezogen hatte. Tubman hatte Sirleaf Wahlbetrug vorgeworfen und will die Ergebnisse der Stichwahl um das Präsidentschaftsamt nicht anerkennen. Tubman hatte die Wahl boykottiert, weil er sich keine Chancen gegen Sirleaf ausgerechnet hatte, die in diesem Jahr den Friedensnobelpreis erhält.

Gambia: 25.11.2011

Gambier wählen neuen Präsidenten

In dem westafrikanischen Staat Gambia waren gestern knapp 800.000 Menschen aufgerufen, einen neuen Präsidenten zu wählen. Es gilt als sehr wahrscheinlich, dass Amtsinhaber Yahya Jammeh (46), der seit 1996 Staatsoberhaupt ist, zum vierten Mal bei der Abstimmung siegt. Sein grösster Herausforderer ist der Oppositionschef Ousainou Darboe, ein Anwalt für Menschenrechte. Bereits bei den vorangegangenen drei Wahlen war Darboe der Gegenkandidat von Präsident Jammeh gewesen. Das amtliche Wahlergebnis soll voraussichtlich in der kommenden bekannt gegeben werden.

Mali: 25.11.2011

Deutscher bei Entführung getötet

Bei einem Überfall durch bewaffnete Entführer in der malischen Stadt Timbuktu ist ein deutscher Tourist getötet worden. Wie ein Mitarbeiter der Regionalverwaltung am Freitag sagte, versuchte der Deutsche den Entführern Widerstand entgegenzusetzen. Drei

andere Touristen wurden entführt. Es handelte sich um einen Schweden, einen Niederländer und einen Menschen mit doppelter, britischer und südafrikanischer, Staatsangehörigkeit. Die bewaffnete Gruppe steht im Verdacht, Beziehungen zum Terror-Netzwerk Al-Kaida zu haben. Die Angreifer überfielen die Ausländer in einem Restaurant am Hauptplatz von Timbuktu, auf dem sich viele Touristen aufhalten. Die Regierung des westafrikanischen Landes verurteilte den "Terrorakt", der die Sicherheit und Stabilität des ganzen Landes beeinträchtigte.

Gambia: 26.11.2011

Staatschef Jammeh gewinnt die Präsidentschaftswahl

In Gambia kann der seit 17 Jahren amtierende Staatschef Yahya Jammeh für weitere fünf Jahre regieren. Nach Angaben der gambischen Wahlkommission kam der 46 Jahre alte Ex-Offizier auf 72 Prozent der Stimmen. "Ich erkläre Präsident Jammeh hiermit zum Sieger der Präsidentschaftswahlen 2011", sagte der Leiter der Wahlbehörde, Mustapha Carayol, bei der Verkündung des Endergebnisses. Es ist bereits der vierte Wahlsieg Jammehs, der sich im Jahre 1994 an die Macht geputscht hatte. Jammehs Herausforderer Ousaino Darboe und Hamat Bah waren schon im Vorfeld der Wahl kaum Chancen eingeräumt worden. Darboe erhielt den amtlichen Angaben zufolge 17 Prozent der Stimmen, Bah elf Prozent. Die Wahlbeteiligung lag bei 83 Prozent. Von den 1,7 Millionen Einwohnern hatten sich 800.000 Personen für die Wahl registriert. Die Westafrikanische Wirtschafts-gemeinschaft (ECOWAS) hatte es abgelehnt, Wahlbeobachter in das Land zu entsenden. Da die Regierungspartei die elektronischen Medien kontrolliere und die Wähler eingeschüchtert hat, könnten die Wahlen nicht als frei, fair und transparent bezeichnet werden, erklärte die ECOWAS. Menschenrechtsorganisationen werfen dem Regime von Präsident Jammeh seit Jahren massive Verletzungen der Menschenrechte und der Meinungsfreiheit in dem westafrikanischen Land vor. Bei vielen Westafrika-Touristen ist Gambia ein beliebtes Reiseland, dennoch lebt ein grosser Teil der Bevölkerung des kleinen Landes in Armut.

Côte d'Ivoire 30.11.2011

Gbagbo nach Den Haag ausgeliefert

Der ivorische Ex-Präsident Laurent Gbagbo ist an den Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) ausgeliefert worden. Der Politiker aus der Elfenbeinküste sei auf dem Gelände in Den Haag in Gewahrsam genommen worden, hiess es am Mittwochmorgen aus Kreisen des Gerichts. Nach der Ausstellung eines Haftbefehls am Dienstag wurde noch am Abend die Überstellung des einstigen Staatschefs in die Niederlande veranlasst. Am Dienstagabend hatte der stellvertretende Generalstaatsanwalt der Elfenbeinküste, Dje Noel, die Auslieferung angekündigt. Gbagbo sei in Korhogo "unter besonderem Geleit" an Bord eines Flugzeuges nach Den Haag gegangen. In Korhogo hatte er seit seiner Gefangennahme im April 2011 unter Hausarrest gestanden. Das Flugzeug landete um kurz vor 04.00 Uhr auf dem Flughafen Rotterdam-Den Haag. Die Maschine rollte anschliessend zu einem Hangar, wo sie von einem Konvoi schwarzer Fahrzeuge empfangen wurde. Gbagbo hatte sich nach der Wahlniederlage monatelang geweigert, seinem gewählten Nachfolger im Präsidentenamt, Alassane Ouattara, die Macht zu übergeben. Bis zur Festnahme Gbagbos im April waren den bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen mehr als 3000 Menschen zum Opfer gefallen. Nach UNO-Angaben soll der Ex-Präsident sich für den Tod von mindestens 325 Menschen vor Gericht verantworten.

Côte d'Ivoire 11.12.2011

Parlamentswahlen haben begonnen

Acht Monate nach dem Ende des blutigen Machtkampfs zwischen Präsident Alassane Ouattara und seinem Vorgänger Laurent Gbagbo haben in Cote d'Ivoire (Elfenbeinküste) am Sonntag Parlamentswahlen begonnen. Bei dem Urnengang in dem westafrikanischen Land wird mit einem deutlichen Sieg von Ouattaras Demokratischer Partei (RDR) gerechnet, da die Ivorische Volksfront (FPI) seines inhaftierten Rivalen Gbagbo die Abstimmung boykottiert. Zu der Parlamentswahl sind ca. 5,7 Millionen Menschen aufgerufen. Die Wahllokale sollen heute bis 17.00 Uhr (Ortszeit, 18.00 Uhr MEZ) geöffnet

bleiben. Mit der Parlamentswahl will die Cote d'Ivoire die politische Krise überwinden, doch wurde der Wahlkampf erneut von Gewalt überschattet bei der es erneut zu Toten gekommen war. Die Parlamentswahl ist der erste Urnengang seit der umstrittenen Präsidentschaftswahl Ende November 2010. Gbagbo hatte sich damals geweigert, seine Niederlage anzuerkennen und eine Auseinandersetzung mit über 3000 Toten Personen folgte. Die Parlamentswahl wird von 25.000 ivorischen und 7000 UNO-Soldaten überwacht.

Côte d'Ivoire 15.12.2011

Ergebnis der Parlamentswahlen

Mit 127 von 254 Sitzen hat die Demokratische Partei (RDR) von Präsident Alassane Ouattara die Parlamentswahlen vom 11.12.2011 deutlich gewonnen. Zweitstärkste Kraft wurde die (PDCI) mit 77 Sitzen. Die Ivorische Volksfront (FPI) seines inhaftierten Rivalen Gbagbo hatte die Parlamentswahlen boykottiert. Sehr viele der unabhängigen Kandidaten waren oder sind ehemalige (FPI) Anhänger. Die unabhängigen erreichten 34 Sitze. Weiter schicken die (UPDCI) 7, (RHDP) 4, die (MFA) 3 und die (UPCI) 1 Abgeordneten in das neu gewählte Parlament. Die Wahlbeteiligung lag bei 36,56%. Die Wahlen waren relativ friedlich verlaufen, nachdem es im Frühjahr noch Auseinandersetzungen mit über 3000 Toten Personen in dem westafrikanischen Land gab.

Nigeria 27.12.2011

Mindwestens 40 Tote bei Bombenanschlägen durch Boko Haram

Die Anschläge auf mehrere Kirchen in Nigeria haben weltweit Empörung hervorgerufen. Bei den Bombenanschlägen am ersten Weihnachtstag auf Kirchen in Nigeria waren mindestens 40 Menschen getötet worden. Bisher weiß man von fünf Explosionen, davon richteten sich mindestens drei davon gegen Kirchen. Bei einem Anschlag auf eine katholische Kirche in einem Vorort Madalla der nigerianischen Hauptstadt Abuja starben allein mindestens 30 Menschen. In der Gegend um die Kirche in Madalla herrschte nach der Detonation grosse Chaos. Der Anschlag war zum Ende des Weihnachtsgottesdienstes verübt worden. In einer Pressemitteilung der Vereinten Nationen am Sonntagabend in New York sprach UNO-Generalsekretär Ban Ki Moon den Angehörigen der Opfer und dem nigerianischen Volk sein Beileid aus. Ban forderte erneut das Ende der religiös motivierten Gewalt in dem Land. Der Sprecher von Boko Haram, Abul Qaqa, bekannte sich in einem Telefonat mit der Nachrichtenagentur AFP zu dem Anschlag in Madalla und kündigte weitere Attentate an. "Wir sind für alle Anschläge der vergangenen Tage verantwortlich, einschliesslich der heutigen Bombe gegen die Kirche in Madalla", sagte Abul Qaqa. In den vergangenen Monaten wurde Boko Haram für eine ganze Reihe von Überfällen und Anschlägen auf Christen und westliche Einrichtungen in Nigeria verantwortlich gemacht. Im August hatte sich die Gruppe zu einem Selbstmordanschlag auf das UNO-Quartier bekannt, bei dem 23 Menschen getötet und 76 verletzt worden waren. Seitdem gehen die nigerianischen Sicherheitskräfte verstärkt gegen die Islamisten vor.

Nigeria 31.12.2011

Mindestens 5 Tote bei Anschlag nahe einer Moschee

Bei einer Bombenexplosion nahe einer Moschee im Norden Nigerias sind am Freitag nach nigerianischen Polizeiangaben mindestens fünf Menschen getötet und mehrere verletzt worden. Der Sprengsatz war explodiert, als Gläubige das Gotteshaus in der Stadt Maiduguri nach dem Freitagsgebet verliessen, berichtete das nigerianische Fernsehen. Nach berichten von Augenzeugen waren auch zwei dabei Kinder gewesen. Die Verletzten wurden ins Krankenhaus gebracht. Andere Medienberichte sprachen von drei Sprengsätzen, die in der Nähe von Märkten gezündet worden waren. Zunächst hatte noch niemand die Verantwortung für den Anschlag übernommen. Die Stadt gilt als Hochburg der radikalislamische Sekte Boko Haram. Boko Haram hatte sich zu den Bombenanschlägen im Norden des Landes bekannt, bei denen am ersten Weihnachtstag mehr als 40 Menschen getötet wurden. Ein Vergeltungsschlag christlicher Gruppen wird deshalb nicht ausgeschlossen.

Nigeria 31.12.2011

Notstand in Teilen Nigerias

Nigerias Präsident Goodluck Jonathan hat nach der Anschlagsserie auf Christen an Weihnachten über Teile seines Landes den Notstand verhängt. Betroffen waren Gebiete im Norden. Die Grenzen würden dort geschlossen, bis Normalität wieder hergestellt ist, sagte Jonathan. Der Verteidigungschef sei zudem angewiesen worden, eine neue Anti-Terror-Truppe zu bilden.

Quelle: Nationale und Internationale Pressemeldungen
<http://www.westafrikaportal.de>